Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 75 (1995)
Heft: 1

Rubrik: Positionen

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Ulrich Pfister

Ausblick auf ein Wahljahr

Wahltag sei Zahltag, heisst es. Blickt man zu Beginn eines eidgenössischen Wahljahres auf das politische Geschehen, wird man diese Weisheit mit einigen Fragezeichen versehen. Es scheint manchmal, als ob nicht Leistungen und klare Standpunkte, sondern Wohlverhalten und Rücksichtnahme nach allen Seiten den grössten Erfolg versprächen. Über kontroverse Themen wie die Integrationsfrage spreche man am besten gar nicht und wenn schon möglichst unverbindlich. Und dort, wo unangenehme Massnahmen nötig wären, wie insbesondere zur Sanierung der Bundesfinanzen, warte man mit grösseren Brocken besser zu, bis die Wahlen vorüber seien. Grundsätzliche Bekenntnisse sind in der Wahlpropaganda zwar billig zu haben, doch hütet man sich, einzelne Interessen- und Wählergruppen vor den Kopf zu stossen.

Die grossen Volksparteien, von welchen sich jede, auch die sozialdemokratische, auf ein breites Spektrum von Interessengruppen abstützt, sind anscheinend kaum in der Lage, sich anders zu verhalten. Die Parteiorganisationen sind geprägt von der direkten Demokratie und von der föderalistischen Struktur des Landes, wie das Auseinanderfallen der bürgerlichen Parteien beim Krankenversicherungsgesetz und der SP bei der AHV-Revision anschaulich gezeigt hat. Nicht einmal die Parlamentsfraktionen können bei derartigen Zerreissproben zusammengehalten werden. Das Wahlsystem gibt den Parteien keine Handhabe, einen Führungsanspruch auch nur intern durchzusetzen. Die sich akzentuierenden Gegensätze zwischen städtischen Zentren und ländlicher Peripherie, zwischen wirtschaftlicher Dynamik und traditionsverhafteter Mentalität und – in bestimmten Bereichen – zwischen den Sprachregionen sind in den drei grossen Parteien durchwegs präsent und virulent; sie prägen die politische Landschaft heute stärker als die alten ideologischen Muster.

Hierin sind denn auch die Führungsschwächen unseres Konkordanzsystems begründet, nicht in der Zauberformel, die nicht grundsätzlich falsch, sondern höchstens in der Anwendung allzu starr und unflexibel ist. Wenn die komfortable Mehrheit dieser Regierung wegen der internen Schwierigkeiten aller ihrer Partner vor den Wahlen gewissermassen in eine kollektive Depression verfällt, die ihre Handlungsfähigkeit einschränkt, werden bei den Wahlen die Regierungsparteien insgesamt weiter Terrain verlieren an eine Opposition, die diesen Titel nicht wirklich verdient. Denn die verschiedenartigen kleineren Gruppierungen präsentieren keine Alternativen, sondern besetzen entweder Nischen oder beschränken sich auf Fundamentalkritik aus zumeist einseitiger bis extremer Perspektive. Sie profitieren jedoch von den Glaubwürdigkeitsverlusten der Regierungsparteien, die in den letzten Wahlgängen gesamthaft regelmässig Anteile verloren haben.

Es wäre verhängnisvoll, wenn auch Regierungsparteien der Versuchung nachgäben, vermehrt selbst von Fall zu Fall Opposition zu spielen. Kurzfristig lassen sich damit vielleicht Wählerprozente gewinnen, doch läuft man Gefahr, längerfristig den Bonus der gemeinsamen Regierungsverantwortung zu verlieren. Vielleicht aber müsste man – gemeinsam – aus erfolgreichen Oppositionenkampagnen etwas lernen: dass man mit dem «Volk» offener und ehrlicher reden könnte über den Staat, seine Möglichkeiten und Grenzen, über Leistungen und Kosten – und über Opfer und Verzichte, die eine Mehrheit sich leisten müsste zugunsten der Minderheit, die dies nicht kann. Wenn heute eine grössere Partei den Mut aufbrächte, ihrer eigenen Klientel gegenüber Klartext zu sprechen und konsequent die Ansprüche an einen überforderten Staat zurückzuschrauben – wer weiss, ob für sie nicht am Ende der Wahltag unverhofft doch zum Zahltag werden könnte. Es gibt viele, die darauf warten, dass etwas geschieht. ✦

Frank A. Seethaler

Armee 95 – wie weiter?

So rasch wie 1989 Friedenseuphorie die Menschen ergriff, so deutlich ist inzwischen machtpolitische Ernüchterung eingetreten. Bereits kurz nach der Wende wurde das Reformprojekt «Armee 95» konzipiert. Es ist auf die seither eingetretenen Veränderungen im Gefahrenspektrum abgestimmt. Zwar ist militärische Bedrohung zurzeit nicht akut; aber sie kann es wieder werden. Die Voraussetzungen dazu – Drang zu Macht, Bevölkerungspotential und Reichtum an Rohstoffen – sind an mehr als einem Ort vorhanden. Überdies sind sicherheitspolitische Fehleinschätzungen keine Seltenheit. Gesamthaft ist die Lage diffuser geworden. Weltweit herrscht ein Klima der Unsicherheit und Gewalt. Längerfristig stehen alle Entwicklungen offen. Den Realisten kann das allerdings nicht überraschen.

Das erneuerte Sicherheitsinstrument hat nicht nur die «klassische» Landesverteidigung des neutral bleibenden, bündnisfreien Kleinstaates zu gewährleisten. Eine zeitgemässe Armee hat gegenüber allen möglichen Bedrohungen, Risiken und – bei Überforderung ziviler Kräfte – in Katastrophenfällen einsatzbereit zu sein. Ja sogar bei Eintritt des «Undenkbaren» muss sie funktionieren. Dass die Einführung einer zusätzlichen sicherheitspolitischen Komponente – Friedensförderung mit militärischen Mitteln – auf geringe öffentliche Zustimmung gestossen ist, darf nicht verwundern. Präventivstrategie dieser Art scheint für den Wohlstandsbürger zu anspruchsvoll zu sein. Aber auch ohne «Blauhelme» heisst die Losung: *«Schützen, retten, helfen»* – was immer auch kommen mag. Reaktionsvermögen, Flexibilität und Multifunktionalität sind ihre Merkmale.

Parallel zum Um- und Ausbau wird die departementale Führungsstruktur des EMD angepasst. Sie stellt das politische Primat sicher, sorgt für günstige betriebswirtschaftliche Bedingungen und regelt die Kompetenzen auf oberster militärischer Ebene. Dass es keine individuelle militärische Spitze – den «Friedensgeneral» – geben soll, ist unerheblich. Ein Oberbefehlshaber in Friedenszeiten entspricht nicht schweizerischer Mentalität, und es besteht kein Anlass, ihm nachzutrauern. Bei heutigen Vorwarnzeiten und überblickbaren Grössenordnungen genügt ein eingespielter Führungsapparat unter tatkräftiger politischer Leitung.

Gleichwohl wird, weitgehender Akzeptanz zum Trotz, das Budget des Militärdepartements laufend weiter beschnitten. Und dies entgegen einer reichlich erbrachten «Friedensdividende». (Sie beträgt mehr als 3,5 Milliarden Franken, d. h. etwa einen Drittel der ursprünglich vorgesehenen Rüstungsausgaben der laufenden Legislaturperiode.) Mit dieser *Degressionspolitik* wird der ordnungsgemässe Vollzug des Reformprojekts in Frage gestellt. Die private Wirtschaft ihrerseits übt sich in Zurückhaltung bei der Zurverfügungstellung ihrer Kader für militärische Laufbahnen.

Bedingungen für das Gelingen der Reform

Die bedingt vorhandene Wehrmotivation im Volk sagt noch nichts über die Dienstmotivation der Armeeangehörigen aus. Diese ist abhängig von menschenorientierter Führung und von effizienter Ausbildung. In beiden Bereichen sind Fortschritte nötig; sie werden von der Reform als primäre Ziele vorgegeben. Es geht um den qualitativen und quantitativen Ausbau des militärischen Lehrkörpers und um die Modernisierung der Ausbildungsanlagen. Die zusätzliche Anstellung und Ausbildung von zweihundert Instruktoren wie auch die Einführung eines Systems von Ausbildungshilfsmitteln sind anspruchsvoll und aufwendig. Gleichzeitig gilt es, die Armeeangehörigen gründlich in die «neue Armee» einzuführen. Vertrauen in Doktrin, Führung, Material und Können ist neu zu festigen.

Obwohl der *Rüstungsstand* zurzeit beachtlich ist, stehen materielle Bedürfnisse an: Der Mechanisierungsgrad der Infanterie, den die Doktrin der «dynamischen Raumverteidigung» erfordert, ist noch ungenügend. In der Luftverteidigung werden Erneuerungen in der Lenkwaffenabwehr fällig. Angesichts der Bedeutung von Luftstreitkräften wird eine weitere Tranche Hochleistungsjäger in absehbarer Zeit notwendig. Die altersbedingte Ausmusterung von Erdkampfflugzeugen ruft nach weiterreichender Artillerie. Die Luftaufklärung, ohne welche höhere Führung blind ist, ist immer noch unterentwickelt. Der Ausbau eines gegen elektronische Störungen geschützten Fernmeldesystems ist Daueraufgabe. Das Informationsbeschaffungs- und Führungssystem Florida ist gegen Ende des Jahrzehnts zu ersetzen.

Die Problematik der Weiterentwicklung

Eine Milizarmee erträgt Reformen in kürzeren als zehn- bis zwölfjährigen Intervallen nicht ohne Schaden. Es gilt also, sobald als möglich wieder innere Festigkeit zu gewinnen. Das soll niemanden daran hindern, sich über die Zukunft Gedanken zu machen.

Noch vor Erreichen der Realisierungsphase haben interessierte Kreise – eine «Arbeitsgruppe Sicherheitspolitik nach 1995» – laut über die Weiterentwicklung nachgedacht. Bei genauerem Hinsehen war das Vorgebrachte der erwähnten Aktionsgruppe allerdings nicht so neu. Das Armeeleitbild von 1992, Grunddokument der Armeereform, befasst sich eingehend mit den *Entwicklungsalternativen.* Überdies ist bekannt, dass aus demographischen Gründen ab etwa 2005 eine weitere Bestandesreduktion einzuleiten ist, was zwangsläufig eine Teilreform nötig macht. Der Denkprozess zur nächsten Erneuerungsrunde ist also bereits im Gang. Es erscheint daher sinnvoll, vorerst die Rahmenbedingungen und Entscheidungsgrundlagen durch die Planungsinstanzen erarbeiten zu lassen, anstatt jetzt schon eine allgemeine Diskussion – bei niedrigem Sachinformationsstand – vom Zaun zu brechen. Die bevorstehende parlamentarische Behandlung und der folgende Abstimmungskampf um die anstehende Volksinitiative betreffend Verbot der Kriegsmaterialausfuhr und die sozialdemokratische Kostenhalbierungsinitiative werden den Souverän ohnehin bei militärpolitischer Kondition halten.

Welche Optionen?

Die Armee 95 selber enthält bereits Optionen. Für den Fall einer Profilierung machtpolitischer Bedrohungen lassen sich per Regierungsbeschluss die Dienstintervalle von zwei auf ein Jahr verkürzen. Die militärische Grundausbildung kann kurzfristig verlängert werden. Andererseits liesse sich der Armeeauftrag auch mit einer bestandesmässig kleineren Streitkraft bewältigen. Dies allerdings nur, wenn die personale Substanzeinbusse durch erhöhte technische Leistungsfähigkeit ausgeglichen wird. Ein weiterer Vorteil der Armee 95 besteht also in ihrer strukturellen Anpassungsfähigkeit.

Am andern Ende der Skala steht das Modell der *Berufsarmee.* Die Berufsarmee ist klein, aber modern ausgerüstet und solide ausgebildet. Sie ist ständig präsent, reagiert rasch, ist schlagkräftig und erzeugt geringere Immissionen. Sie erspart dem männlichen Aktivbürger die Wehrpflicht und der Wirtschaft indirekte Kosten. Die Berufsarmee ist eine typische Bündnisarmee. Sie entspricht dem Staatsbewusstsein der überwiegenden Mehrheit der Schweizer Bürger nicht. Aber sie enthält Elemente, die auch für die *Wehrpflichtarmee* interessant sind. So z. B. die Teilprofessionalität – bereits verwirklicht im Überwachungsgeschwader, im Festungswachtkorps und vielleicht einmal in einer *rapid-reaction-force*-ähnlichen Bereitschaftstruppe. Damit bietet sich eine weitere Option an: eine *Mischform* von *Wehrpflicht-* und *Berufsarmee.* Die Tendenz zeigt international wie auch bei uns in diese Richtung.

Anstelle der Berufskomponente lässt sich im Rahmen der allgemeinen Wehrpflicht die *Kombination* von *Dienstleistung am Stück* und *Dienstleistung mit Wiederholungskursen* denken. Diese Option würde den Milizcharakter der Armee wahren, zugleich aber einen Sockel ständig präsenter Truppen schaffen. Wer als Wehrmann wahlweise die erste der beiden Formen, das «Durchdienen» (wie die Österreicher sagen), absolviert, tritt zur Reserve über. Das zweckmässigste Mischungsverhältnis zu finden müsste Gegenstand von Optimierungsstudien sein. Die Vorteile dieses Systems liegen auf der Hand: Präsenztruppe, Beibehaltung des Milizsystems, Sicherung der minimal notwendigen Mannschaftsbestände. Der Armeeauftrag bleibt noch aus eigener Kraft erfüllbar. Die Nachteile dürften in der relativen Kompliziertheit des organisatorisch-verwaltungsmässigen Vollzuges liegen.

Zurzeit liegt eine Studie beim Bundesrat, die darauf abzielt, die allgemeine Wehrpflicht durch eine allgemeine Dienstpflicht («Gemeinschaftsdienst») abzulösen. Sollte es je zum Übergang auf das «Milizsystem für alle» kommen, würde dies wohl auch den Übergang zum Freiwilligenheer bedeuten – ein sicherlich qualitätsfördernder Schritt. Ob die Sympathie des Souveräns für die Miliz zu einer so einschneidenden Ausweitung ausreicht, ist eher zu bezweifeln. Aber es ist möglich, dass steigende soziale Bedürfnisse und zunehmende ökologische Notwendigkeiten nicht mehr bezahlt werden können – dass sie besser durch persönliche Dienstleistungen der gesamten Gesellschaft zu bewältigen sind.

Die intellektuelle Kraft, die zur Armeereform befähigt hat, ist beachtlich. Als erstes Land hat die Schweiz sicherheitspolitisch und militärisch auf den machtpolitischen Wandel reagiert. Sowohl in den dreissiger Jahren wie auch nach dem Zweiten Weltkrieg hinkte unser Wehrwesen der Entwicklung hinterher. Nun sind wir ganz vorne! Aber man lasse sich nicht zu ungerechtfertigtem Optimismus verleiten: Es ist ein Wesenszug direkt-demokratischer Politik, dass die Behörden reiflich erwogene Absichten vorgeben, dass diese dann aber vom Volk, meist irrational begründet oder aus kurzsichtigem Widerstand heraus, nicht nachvollzogen werden.

Dank beharrlichem systematischem Vorausdenken, überzeugender Planungsarbeit, kommunikativer Transparenz und verantwortungsbewusster wehrpolitischer Diskussion (gepaart mit viel persönlichem Engagement) sollte es dennoch möglich sein, den ständigen Erneuerungsprozess im Bereich der nationalen Sicherheit einigermassen erfolgreich zu bewältigen. ✦

Frank Seethaler, geboren 1920, Dr. iur., Rechtsanwalt; 1974–1981 Kommandant einer Division, bis 1986 Redaktor der «Allg. Schweiz. Militärzeitschrift»

Dieter Chenaux-Repond

Verfassungsrevision als «Endlose Geschichte»

Ein von uns Schweizern zuweilen belächeltes österreichisches Dictum postuliert: «Es muss etwas geschehen, aber es darf nichts passieren.» Genau dies steht der seit dreissig Jahren andauernden schweizerischen Diskussion um die Totalrevision der Bundesverfassung zu Gevatter. Und man zögert anzunehmen, ein Ende sei abzusehen. Im Hinblick auf den bevorstehenden 150. Jahrestag der ersten schweizerischen Bundesverfassung – vorläufiger Schlussstein einer sowohl dramatischen als auch grossartigen, fünfzigjährigen Entwicklung, die mit dem innerhalb von drei Wochen erfolgten Ende des «ewigen, da gottgewollten» Ancien Régime anhob und die wir aus unserem staatspolitischen Bewusstsein so gut wie ausgeblendet haben – setzten mehrere Autoren in der Novembernummer der «Schweizer Monatshefte» Eckwerte. Der eine warnt vor der *«Wiederbelebung einer abstrakten Totalrevisionsidee»* – wie wenn in der Schweiz, zumal der (in etwa) deutschsprachigen, irgendeine Idee jemals die Niederungen des Greifbaren verlassen hätte. Ein anderer glaubt entdeckt zu haben, die überbordende Ausgabenwirtschaft sei seit eh und je den Finanzministern anzulasten, obwohl ohne weiteres nachgewiesen werden kann, dass unsere Regierung die Bundesfinanzen sehr viel ernster wahrnimmt als die sogenannten Volksvertreter. Ein Dritter erinnert zum Thema «Wirtschaftsverfassung» an den grossen *Walter Eucken,* der vor fünfzig Jahren *«die Herstellung eines funktionierenden Preissystems»* postulierte. Was derlei mit den enorm komplexen Finanzierungsproblemen der modernen Gesellschaft insgesamt zu tun hat, leuchtet zumindest spontan nicht ein. Und doch droht der Autor, ohne die Berücksichtigung von Verfassungsökonomen *«neben den traditionellen Juristen»* werde einer neuen Bundesverfassung dasselbe (triste) Schicksal widerfahren wie allen bisherigen Entwürfen.

So werden wir also einmal mehr zusammengeführt zu grosser Beratung, traditionelle Juristen, Ordoliberale, Pragmatiker, Abstrahenten, Geldverschwender, Nutzniesser usw. – ein wahrer Karneval der edelsten Tiere, aber noch lange kein auch nur halbwegs stimmiger Chor.

Was ist den drei lebenden Generationen der Schweizerinnen und Schweizer eigentlich aufgegeben – jenseits ihrer ideologischen Befangenheit, ihrer Ängste und der elenden Besitzstandswahrung, welche die Zukunftschancen mindert?

Stichwortartig (und von Grösseren vielfach empfohlen) wohl doch etwa dies:

– Wirtschaftliche Selbstverantwortung in Solidarität. Das bedeutet: der Eigenleistung Gewinn ermöglichen; den Gewinn aber begrenzen zugunsten der *objektiv* Leistungsschwachen, eine Verzichtbereitschaft, *die wiederum Würdigung von Leistung und Gewinn voraussetzt.*

– Politische Selbstverantwortung als Leistungsausweis und als Eingeständnis der eigenen Grenzen. Also nicht «nach oben» abschieben, was «unten» zu ordnen Kopfzerbrechen bereitet, *aber auch an Kompetenz abtreten,* was man allein oder im Verein mit wenigen nicht länger ordnen kann. Innerstaatlich bedeutet dies Bekenntnis zur repräsentativen Demokratie (auch zu Lasten eines überbordenden Föderalismus), zu Parlament und Regierung. Überstaatlichkeit ist dabei genau so gefordert; denn eine zunehmende Zahl von Problemen ruft nach übernationalen Lösungsansätzen.

– Schliesslich – und vielleicht ist dies ein Schlüssel – die Gewissheit jedes einzelnen, dass Glück mehr, ja etwas Grösseres ist als materielle Besitzstandswahrung, die psychologisch ja doch bloss Misstrauen ausdrückt. Berechenbarkeit verängstigt, weil sie nicht beliebig befriedigt werden kann.

Mehr sei hier nicht vorgestellt. Es genügt, um der Totalrevision unserer Bundesverfassung, jenseits ideologischer Verkrampfungen, eine Wegmarke zu setzen. In einem Wort vielleicht diese:

– Die Verfassung ist Grundgesetz, gesellschaftspolitisches Ordnungsprinzip. Sie muss im Sinne des oben Skizzierten *das Wesentliche ordnen, dieses aber streng und durchsetzbar.* Zum Wesentlichen gehört ein ausreichendes Quantum an Gleichheit anstelle föderalistischer Idylle. Zur Ordnung gehört in aller Regel die endgültige Zuweisung von Verantwortung als Korrelat der Zuständigkeit. Derlei ist kein Plädoyer gegen den Grundsatz der direkten Demokratie, wohl aber gegen deren Exzesse. Die einen sagen, das Volk sei gut, die andern, es sei blöde. Nüchtern betrachtet ist das Volk ganz einfach anonym, das heisst: nicht zu fassen. Es sollte daher – abgesehen von der Selbstverständlichkeit regelmässiger Wahlbefugnisse – auf Bundesebene nur berufen werden, wenn eine *substantielle* Minderheit glaubt, Regierung und Volksvertreter seien dem Volk ganz und gar *«aus dem Ruder gelaufen».* Das obligatorische Referendum ist eine Verhöhnung zugewiesener Verantwortung, also Entlassung der Beauftragten in die Liederlichkeit. Und wenn schon Orientierungshilfe der zwecks Wahrnehmung gesellschaftlicher Ver-

antwortung gewählten Parlamentarier durch Volksabstimmungen unerlässlich scheint, so soll die derart eruierte Mehrheit 150 Jahre nach Gründung des Bundesstaates nicht durch das mittlerweile groteske Erfordernis eines Ständemehrs als Bettgenosse des Volksmehrs in Frage gestellt werden dürfen.

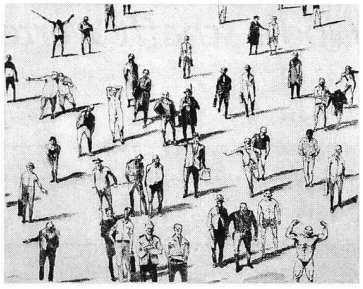
In sogenannt gebildeten Kreisen unseres Landes spricht man zurzeit gerne von «Identitätskrise» – um so lieber, als der Normalbürger sich darunter wenig vorstellen kann. Bildhafter dürfte man vielleicht bemerken, wir seien *aus dem Gleichgewicht geraten.* Die Vereinigten Staaten von Amerika haben derzeit mit vielen ernsten Problemen zu kämpfen. Aber die dortige Verfassungsdiskussion – eine Verfassung, die der unsrigen über weite Strecken Vorbild war – bleibt dem Gleichgewicht der *checks and balances* verpflichtet. Das bedeutet: Kontrollen und Ausgleich. Mir scheint, wir leben in Helvetien weitgehend bloss noch von *checks,* von Kontrollen, d. h. vom Misstrauen. Dies wäre ein durchaus krankhafter Befund.

Bis 1998 bleiben uns drei bis vier Jahre der Neubesinnung. Bei Fortdauer unserer geistigen und seelischen Verfassung ist dies eine extrem kurze Zeit, um uns, wie 1848, wiederzufinden, abgekämpft und verweint meinetwegen, aber wieder versöhnt. Nicht geradezu ein Luxus, wenn man etwa unsere derzeitige, aus kolossalem Irrtum geborene, selbstgewählte Ausgrenzung aus Europa bedenkt.

Seneca schrieb vor 1900 Jahren: *«Nicht weil es schwer ist, wagen wir's nicht, sondern weil wir's nicht wagen, ist es schwer.»* ✦

Der Autor ist Botschafter der Schweiz in der Bundesrepublik Deutschland.

TITELBILD



Robert Indermaur, Planet der Männer. Der Künstler, geboren 1947 in Chur, pflegt ausser der druckgraphischen Arbeit die Malerei und Karikatur, Objektkunst und Skulptur mit verschiedenen Tiefdrucktechniken, und zwar schwarzweiss und farbig. Er lebt in Almens GR.

Planet der Männer ist eine Kaltnadelarbeit. Ihren Namen trägt die Kaltnadel, weil ihre Spitze – anders als früher beim Radieren – nicht angewärmt wird. Dass die Linien auf dem Papier satter und oft ungleichmässiger wirken als im Säurebad geätzte, kommt vom ganz anderen Arbeitsvorgang: Mit der Kaltnadel (einem Stahlstift) wird das Bild in die Kupferplatte eingeritzt, dabei werden zu beiden Seiten der Furchen im Metall Grate aufgeworfen; beim Einfärben bleibt auch dort Farbe hängen, und das verstärkt die Linien und Punkte im Druck. Eng gelegte Schraffuren können sich zu tiefschwarzen Flächen zusammenschliessen, wie es in dieser Dichte keine andere lineare druckgraphische Technik ermöglicht. Die graphische Wirkung der Kaltnadelarbeit reicht von der typischen satt-unscharfen Spur zur zartesten Chiffre, ihre Lebendigkeit liegt im Gegensatz von samtweichen Schwarztönen und einer spröden Härte des Strichbildes.

Diese Möglichkeiten hat der Künstler bei der Wahl der Drucktechnik für sein Thema wohlbedacht. Und so stimmt im Ergebnis die Dosierung der Strichlagen, die Modellierung der zahlreichen Männerfiguren ist gelungen, Verschiedenheit und Gemeinsamkeit der Typen charakterisiert, und doch bleibt ihre Bestimmung so offen, dass Gewohnheiten, Sorgen und Wünsche nur zu ahnen sind. Die Helldunkel-Regie, das scharfe Licht und die Schlagschatten tragen bei zum Rätsel des merkwürdigen Schauplatzes und dem, was sich darauf zwischen Realem und Surrealem abspielt. ✦

EVA KORAZIJA

Neuere Druckgraphiken schweizerischer Künstlerinnen und Künstler werden auf den elf Titelblättern der Schweizer Monatshefte 1995 zu sehen sein. *Eva Korazija,* Konservatorin der Graphischen Sammlung der ETH Zürich, wird den Künstler vorstellen, eine Einführung in seine Arbeitstechnik sowie eine kurze Bildanalyse geben.

Die Redaktion der Schweizer Monatshefte